

ICH SEHE KEIN SCHWARZ-GRÜN



Obergrenze, Grüne, Guttenberg – so lief der Wahlchat mit CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer

Eigentlich wollte Andreas Scheuer ja gar nicht privat werden. „Nicht dass sie noch ein Basketball-Bild von mir zeigen. Privat ist bei mir privat“, sagt der CSU-Generalsekretär im WELT-Wahlchat, bei dem ihm die Leser Fragen stellen konnten. So ganz konnte Scheuer aber seinen Vorsatz nicht halten. Aber dazu gleich.

VON THOMAS VITZTHUM

Denn zunächst setzte Scheuer schon in der ersten Antwort die wohl wichtigste politische Botschaft. Er trat Spekulationen entgegen, wonach die CSU auf die Durchsetzung einer Obergrenze für den Zuzug von Asylbewerbern verzichten könnte. Auf die Frage, ob es mit der CSU keine Regierung ohne Obergrenze geben werde, antwortete Scheuer kurz: „Ja! Ja heißt Ja.“ Scheuer verteidigte dabei auch die angepeilte Zahl von 200.000 Asylbewerbern pro Jahr. „Die 200.000 sind orientiert auf die Belastungsgrenze unseres Landes.“ Er machte klar: Die Obergrenze soll kommen – sie ist Bedingung für die Beteiligung der CSU an einer wie auch immer gearteten Koalition. Alle Menschen, die darüber hinaus kämen, müssten die europäischen Nachbarn aufnehmen, so Scheuer. „Die europäischen Nachbarn haben die Solidarität vergessen lassen. Die europäische Familie ist zu einer Profiteurgemeinschaft verkommen.“ Wenn es Flüchtlinge zu verteilen gelte, schauten alle weg, Fördergelder wollten hingehen alle haben. Das Jahr 2015, so stellte er klar, „darf sich nicht nur wiederholen, es wird sich auch nicht wiederholen.“ Scheuer verteidigte dabei auch die umstrittene Aussage von Parteichef Horst Seehofer, wonach die Bundeskanzlerin mit ihrer Entscheidung von 2015, Flüchtlinge aus Ungarn ins Land zu lassen, eine „Herrschaft des Unrechts“ begründet habe. „In der damaligen Situation war die Aussage sehr korrekt. Wir haben ein System durchbrochen, das in Europa lange gegolten hat. Das System von Dublin und Schengen. Wir wollten die Rückkehr zu dem bewährten Rechtssystem.“ Diese Rückkehr will die CSU natürlich immer noch.

In der Frage der Koalitionsoptionen ist für Scheuer sicher: „Ich sehe kein Schwarz-Grün.“ Zumal ein solches Bündnis in Umfragen rechnerisch nicht auf eine Mehrheit kommt. Und Scheuer sieht auch keine inhaltliche Basis. „Die Grünen haben sich in die falsche Richtung entwickelt.“ Ihr Programm strotze vor Besserwisserei. „Bei allen Zukunftsthemen haben die Grünen die falsche Entwicklung vollzogen.“ Scheuer spricht den Grünen selbst in ihrem Kerngebiet, der Ökologie, Zukunftskompetenz ab. In den 70er- und 80er-Jahren hätten sie wichtige Impulse gegeben.

Seehofer konkretisiert Pläne für Obergrenze

Die CSU hat ihre Forderung nach einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland auf den Familiennachzug ausgedehnt. Parteichef Horst Seehofer sagte, ein Aufweichen des Ziels einer Obergrenze von 200.000 neuen Flüchtlingen pro Jahr lehne er strikt ab. In dieser Zahl sei der Familiennachzug „natürlich“ mit enthalten, das sei „ja logisch“.

Seehofer hatte sich bislang öffentlich nicht zu diesem Thema geäußert. Er reagierte mit seiner Aussage auf entsprechende Forderungen aus der Union. Armin Schuster, der CDU-Obmann im Innenausschuss des Bundestags, hatte der WELT AM SONNTAG gesagt: „Was wir letztendlich brauchen, ist ein atmender Richtwert für die gesamte humanitäre Zuwanderung, also für selbst Eingereiste und ihre nachziehenden Familien.“

Der CDU-Politiker begrüßte am Dienstag die Äußerung Seehofers: „Es ist ein wichtiges Signal an die überlasteten Kommunen, dass die CSU den Familiennachzug jetzt in ihre Forderung nach einer Obergrenze

Aber heute? „Wozu braucht man noch die Grünen? Die CSU ist die ökologischste Partei.“

Allerdings, bei einem Anliegen dürfte Scheuer auf die Mitarbeit bald so vieler Parlamentarier angewiesen sein wie möglich, auch der Grünen. Der CSU-Generalsekretär will sich mit seiner Partei nämlich im kommenden Bundestag dafür starkmachen, die Wahlperiode um ein Jahr auf fünf Jahre auszuweiten. „Wir müssen erneut den Versuch starten, die Legislaturperiode im Bundestag zu verlängern. Projekte wirken über einen längeren Zeitraum“, sagte Scheuer. Dafür wäre eine Mehrheit von zwei Dritteln des Bundestags nötig.

Die zeitliche Begrenzung der Amtszeit von Spitzenpersonal strebt Scheuer nicht an. Das wäre ja auch schlicht kurios. Tritt Scheuer doch mit einer Kanzlerin wieder an, die bereits zwölf Jahre Regierungszeit hinter sich gebracht hat. Von solcher Erfahrung profitiere man. Da schwang Bewunderung mit. „Wenn man sich mit ihr unterhält, dann merkt man, sie ist neugierig auf Zukunft.“ Offenbar imponiert dem CSU-General, dass sich Merkel mit abseitigen Themen beschäftigt und sie sich auch noch merken kann: „Sie kann Ihnen jeden Gebirgszug in Syrien erzählen, welcher Stamm da drin ist. Das hat die drauf.“

Als ein Leser wissen wollte, ob er sich Karl Theodor zu Guttenberg als Kanzlerkandidaten für 2021 vorstellen könnte, wurde er verlegen. „Er ist ein guter Freund, der uns hilft, aber am 24. September ist er erst mal zurück in den USA.“ Das klang beinahe so, als sei er froh, dass Guttenberg, wieder aus dem Blickfeld rückt. Nicht wenige in der CSU hat die von Seehofer betriebene Rückkehr Guttenbergs im Wahlkampf brüskiert. Sie empfinden seine Präsenz als zu dominant und fürchten eine Personaldebatte, die sie als äußerst schädlich für den Wahlerfolg empfinden.

Bleibt also nur Merkel. Die hat die CSU mit ihrem Parteilogo, allen Mäkeleien der Basis zum Trotz, in Bayern ja auch überall plakatiert. Scheuer selbst hat es offenbar aber nicht so mit Politikerbildern. Da sind wir dann doch bei der Rubrik: Privates. Vor einiger Zeit erzählte Bayerns Finanzminister Markus Söder einmal, dass in seiner Teenagerbude ein Plakat von Franz Josef Strauß gehangen habe. Ob es das bei ihm auch gegeben habe, wollte die Moderatorin so nebenbei von Scheuer wissen. Und da ging er ihr in die Falle. „Nö“, schoss es aus Scheuer heraus. „Magic Johnson von den LA Lakers und Michael Jordan.“ Bei ihm hing also nicht der Superstar der CSU, sondern die Wände zierten zwei Superstars der amerikanischen Basketball-Liga. Da hätte man nun doch sehr gern das Basketball-Bild des jungen Andi Scheuer gesehen.

einbezieht.“ Ob man diese als Kontingent, „atmenden Richtwert“ oder Obergrenze bezeichne, sei nicht entscheidend. „Hauptsache, das Land zieht endlich eine konsequente Linie, wie viel humanitäre Zuwanderung es in einem Zeitraum verkraften kann, und stoppt den weiteren Zuzug, sobald dieser Korridor überschritten wird. Das können 200.000 Schutzsuchende in einem Jahr sein, aber auch 100.000 oder 50.000 – je nach Lage und Integrationsfähigkeit der Städte und Landkreise“, sagte Schuster der WELT.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist jedoch erklärte Gegnerin einer Obergrenze. Am Montagabend gab sie in der ARD-Sendung „Wahlarena“ eine Garantie ab: „Ich möchte sie nicht. Ich halte sie auch nicht für praktikabel. Garantiert“, sagte Merkel. Der schwelende Streit über die Obergrenze führte zur kuriosen Situation, dass im „Bayernplan“ der CSU ausdrücklich an ihr festgehalten wird, während sie im gemeinsamen Programm der beiden Unionsparteien zur Bundestagswahl fehlt.

Der Kandidat trägt die Uniform der Kreativen: Jeans mit Umschlag, Sneaker, knittiges Hemd, Dreitagebart. Tim Renner wirkt jungenhaft, dabei hat er gerade seine Silberhochzeit gefeiert. Der 52-Jährige traut sich was. Welcher Bundestagsbewerber sonst würde einem sonst einen Schokoriegel mit seinem Foto in die Hand drücken, auf dem steht: „Vernasch deinen Kandidaten“? Mindestens ein Grinsen entlockt er den Leuten damit, und das ist erst mal alles, was er erreichen will: ins Gespräch kommen.

VON SABINE MENKENS

Renner, der in einem Wahlkreis im Berliner Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf als SPD-Direktkandidat antritt, hat den Vorteil, in der Hauptstadt prominent zu sein – spätestens seit er mit dem Musikkonzern Universal als Deutschland-Chef 2002 von Hamburg an die Spree kam. Danach gründete er den Radiosender Motor FM und baute mit seiner Frau Petra die Plattenfirma Motor Entertainment auf. Es war ein Coup, als der damalige Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) den Musikmanager 2014 überzeugte, mitten in der Legislaturperiode als Staatssekretär für Kultur in seinen Senat zu kommen – unter Zuhilfenahme von zwei Flaschen Rotwein, wie Renner gerne erzählt. Ein völliger Politikneuling ist er also nicht. Doch um ein Bundestagsmandat bemüht sich Renner, der seit 2013 SPD-Mitglied ist, zum ersten Mal. Erstmals muss er Wahlkampf machen, die Bürger von sich überzeugen.

Es ist vor allem der unverstellte Blick von außen, der den Typus des Quereinsteigers auszeichnet. Im besten Falle kann das die Politik beleben. Im schlechtesten Falle scheitern die Neulinge an den ungewohnten Regeln des Betriebs. Doch diese Sorge hat Renner nicht – immerhin war er zwei Jahre Staatssekretär, wenn auch auf Landesebene. Als Wahlkampfzentrale hat er ein leer stehendes Büro am Kudamm gemietet. Es wirkt alles ein bisschen ranzig hier: der krümelige Tisch, der fleckige Teppich, die überquellenden Kisten mit Wahlkampfmaterialien. „Sieht aus wie eine RAF-Kontaktwohnung“, sagt Renner und grinst. Aber hier könne er frei denken, auch mal was ausprobieren, weit weg von den Bedenkenträgern aus dem Willy-Brandt-Haus.

Allein schon die offiziellen Wahlkampfmaterialien! Entschieden zu öde für Renner. Er hat seine eigene Formensprache entwickelt: Die Homepage „bundesrenner.de“, den Twitter-Hashtag #wirklichmachen, die Schultertaschen aus Lack mit dem Schriftzug „Team Tim“. Vor allem aber das „Rote Album“: eine CD, auf der Renner viel über sich selbst und einiges über das SPD-Programm erzählt – abseits der Floskelsprache der Politik. „Der Parteiprecher liegt mir nicht. Ich will nicht klingen wie ein Politiker“, sagt Renner. Das Willy-Brandt-Haus lässt ihn gewähren. Gegengecheckt haben sie das „Rote Album“ dennoch – „alles programmkonform“. Renner hat Listenplatz sechs; bei einem guten Ergebnis für die Berliner SPD könnte das reichen, bei einem mauen Wahlausgang wäre er raus. Also konzentriert er sich auf den Kampf um das Direktmandat. An der Stirnwand seiner Kampa hängen Pläne mit Straßen und Wohnblocks, grau, blassrosa oder dunkelrot. Dunkelrot heißt: Hier lohnt es sich anzugreifen.

Quartiergenau haben Renner und sein Team die Daten des Landeswahlleiters ausgewertet. Wo wohnen die Wechselwähler, die in der Vergangenheit zwischen CDU und SPD geschwankt haben, wo die Unterstützer von FDP und Grünen, um deren Erststimme man werben könnte? Renner hat alles analysiert. Die Hochburgen lässt er bei seinem Straßwahlkampf außer Acht; er konzentriert sich auf die „Swing Streets“, in denen noch etwas zu holen ist. Hier taucht Renner mit seinem Eisfahrrad auf. Bei Fior di Latte und Vanille erklärt er den Bürgern, warum ausgerechnet er für die biedere SPD kandidiert. „Mich interessieren Zukunft und soziale Fairness. Es gibt keine andere Partei, die beide Punkte auf ihrer Agenda hat.“ Und auch das verspricht Renner: Für eine erneute große Koalition sei er nicht zu haben. „Sie wäre die perfekte Inszenierungsfläche für die AfD. Dann lieber Opposition.“

Was ihn als Quereinsteiger auszeichnet? Der Ton. Die Unabhängigkeit von Seilschaften. Vor allem aber der Blickwinkel einer anderen Erwerbsbiografie: „Die meisten haben einfach nicht die Erfahrung, wie es ist, eine Firma aufzubauen oder einen Konzern zu leiten.“ Sorge, im Parlamentsbetrieb den Esprit zu verlieren, hat Renner vorläufig nicht. „Bisher hat sich die Sorge, vor eine Betonwand zu laufen, als falsch entpuppt.“

Andere haben gerade diesen Konflikt erlebt. Der Unternehmer Jost Stollmann etwa, der 1998 für die SPD in den Wahl-



Mit neuen Ideen, aber ohne Parteiprecher

Quereinsteiger im Politikbetrieb haben es schwer. Was treibt einen Musikmanager, einen Ex-Vorstand der Telekom und einen früheren Soldaten zur Kandidatur für den Bundestag?



Mit frischem Blick auf die Politik kämpfen sie um Wählerstimmen – von oben: die Direktkandidaten Tim Renner (SPD, Berlin), Thomas Sattelberger (FDP, München) und Jan Pauls (SPD, Bitburg)

kampf zog, dann aber entgegen den Erwartungen doch nicht Wirtschaftsminister wurde. Oder der ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhof, der 2005 als Schattenfinanzminister für eine schwarz-gelbe Koalition vorgesehen war und am Ende doch nur noch der „Professor aus Heidelberg“ war. Der Schauspieler Charles Huber hört nach einem Zerwürfnis mit der CDU Darmstadt bereits nach einer Legislaturperiode im Bundestag wieder auf. Solche Erfahrungen schrecken Thomas Sattelberger nicht. Der frühere Weggefährte von Grünen-Politiker Joschka Fischer und langjährige Personalmanager bei Unternehmen wie Lufthansa, Conti und Telekom bewirbt sich in München für die FDP um ein Direktmandat.

Nötig hat der 67-Jährige das nicht; Sattelberger dürfte ausgesorgt haben. Aber er will weiter mitmischen, und diese „ganze Normierung des Lebens mit der Work-Life-Balance, die sich wie eine zähe Soße über Gesellschaft und Unternehmen ergießt“, liege ihm nicht. Sattelberger liebt die Arbeit, und deshalb hat er sich sogar die Ochsentour durch die Provinz angetan, um sich bei der Bayern-FDP bekannt zu machen. „Ich bin überzeugt, dass mein Potenzial noch lange nicht zur Neige geht.“ Schon als Manager war Sattelberger politisch tätig. Er hat die Bologna-Hochschulreform begleitet, eine Initiative für Jugendliche aus Hartz-IV-Familien gestartet, der Telekom die Frauenquote verordnet. Als die FDP nach der Wahl 2013 aus dem Bundestag flog, fühlte Sattelberger sich „als freiheitsliebender Mensch“ erst recht gefordert. „Ich bin zudem Spezialist für Sanierungsfälle. Und die FDP war ein Sanierungsfall.“

Sein Lebensgefährte unterstützt Sattelbergers Kandidatur, obwohl er nicht begeistert ist, was für ein Zeitfresser so ein Wahlkampf ist. „Es hat ein Jahr gedauert, bis ich mich an die bayerische FDP herangerobbt habe. Die haben mich zunächst mit Skepsis empfangen“, sagt Sattelberger. „Niemand hat geglaubt, dass ich es packe.“ Doch der Ex-Manager konnte die Zweifler überzeugen. Er steht inzwischen auf Listenplatz fünf. Eine ziemlich sichere Bank, sollte die FDP in Bayern erwartungsgemäß über die Fünf-Prozent-Hürde kommen. Sattelberger ist überzeugt, dass Politik davon profitieren kann, wenn Menschen „mit Sach-

verstand aus der freien und internationalen Wirtschaft“ im Bundestag sitzen. „Silo-Karrieren“ findet er allgemein schädlich. „Ohne die Sicht des Insulars kann man die Realitäten klarer betrachten – und kommt auch auf neue Ideen und Wege“, glaubt Sattelberger.

Und dann ist da noch Jan Pauls. Anders als Renner und Sattelberger hat der 32-jährige Maschinenbauingenieur aus der Eifel nur geringe Aussichten, in den Bundestag einzuziehen. Pauls kandidiert für die SPD im Wahlkreis Bitburg (Rheinland-Pfalz). Noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik hat hier ein SPD-Kandidat gesiegt. Wohl auch deshalb hatte sich niemand gefunden, der sich in dem wohl aussichtslosen Kampf aufreiben wollte. Die Partei griff daraufhin zu einem ungewöhnlichen Mittel: einem öffentlichen Casting. In großen Anzeigen warb die SPD 2016 um Bewerber für die Direktkandidatur. Eine Art „Germany's Next Politician“.

Pauls, damals gerade aus der Bundeswehr ausgeschieden und frisch in der Partei, fühlte sich angesprochen. „Ich war gleich hellwach. Wenn man sich politisch engagieren will, muss man eine solche Chance zumindest nutzen. Ich will das Land nicht den Schreihälsen überlassen.“ Unter 118 Bewerbern setzte sich Pauls durch – auch, weil er glaubhaft machen konnte, die nötige Erdverbundenheit, Zähigkeit und Leidenschaft für diese Mission Impossible mitzubringen. Im Bundestag will er sich für die Belange des ländlichen Raums einsetzen. Pauls' CDU-Gegner steht auf Listenplatz eins, sein Einzugs gilt als sicher. Für Pauls ein Argument: „Ich sage den Leuten, wenn sie mit der Erststimme mich wählen, haben sie die Chance, gleich zwei Vertreter ihres Wahlkreises in den Bundestag zu schicken.“

Doch erst einmal muss er sich bei den Wählern bekannt machen. Unermüdlich tingelt Pauls durch den Wahlkreis; seinen Job hat er für die Zeit der heißen Wahlkampfphase auf 50 Prozent reduziert. „Dass es so aufwendig und anstrengend wird, hätte ich nicht gedacht“, sagt Pauls. „Es ist ein Kraftakt, aber es macht auch Spaß – und ich habe sehr viel über mich gelernt.“ Was, wenn es nicht klappt mit dem Bundestag? Geht es dann weiter mit der Partei? „Viele wünschen sich, dass ich weitermache“, sagt Pauls. Aber er will nichts versprechen.